



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr SPD**  
vom 27.11.2013

### Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie viele Familien in Bayern und Schwaben haben bisher Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beantragt (absolut und prozentual)? Wie viele haben Leistungen erhalten?
2. Wie viele Familien in Bayern, Schwaben und jeweils in den schwäbischen Landkreisen und kreisfreien Städten haben außerschulische Nachhilfe beantragt (absolut und prozentual)? Wie viele haben diese Leistungen erhalten?
3. Was waren die Gründe für die Ablehnung der außerschulischen Nachhilfe? Wird dies bayernweit einheitlich gehandhabt oder liegt die Entscheidung bei den jeweiligen Behörden?
4. Wie wird der Begriff „Lernziel“ als Bedingung für die Ausgabe der Leistungen definiert?

## Antwort

**des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration**  
vom 18.12.2013

Zu 1. und 2.:

Hierzu liegen der Staatsregierung keine Zahlen vor und sind keine Erkenntnisquellen bekannt.

Zu 3.:

Auch zu Anträgen bzgl. Lernförderung, zu den Bewilligungs- bzw. Ablehnungsquoten sowie Ablehnungsgründen liegen der Bayerischen Staatsregierung keine statistischen Auswertungen vor.

Aus Eingaben ist bekannt, dass Ablehnungen durch den gesetzlich festgelegten, relativ engen Anwendungsbereich bedingt sind (vgl. hierzu Antwort auf Frage 4).

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Praxis in Bayern wird auf Ziff. 4 der Antwort des StMAS zur Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Annette Karl vom 6. Dezember 2011 (LT-Drs. 16/10975) und auf die unter <http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php> veröffentlichten Vollzugshinweise des StMAS verwiesen. Diese Vollzugshinweise sind von den bayerischen Jobcentern zugrunde zu legen. StMAS und Bezirksregierungen (untere Aufsichtsbehörden) wirken auch im Einzelfall auf deren Beachtung hin.

Zu 4.:

Es wird auf Ziff. 1 der Antwort des StMAS vom 16. Januar 2012 zur Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Annette Karl vom 6. Dezember 2011 (LT-Drs. 16/10975) verwiesen.